

Keine Russen mehr nach Deutschland - Was soll das bringen?

Ukraines neuer Botschafter in Berlin, Oleksij Makeiev, hat vor Anschlägen auf Ukrainer in Deutschland gewarnt und einen Einreisestopp für Russen gefordert. "Andere Länder abwehren Russen die Einreise. Ich appelliere an die Bundesregierung, das auch so zu machen", sagte Makejev den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Er sprach in diesem Zusammenhang von einem "ernsten Sicherheitsrisiko". "Die Russen, die nach Deutschland kommen, tun dies nicht aus Protest gegen den Krieg", sagte der Diplomat. "Sie wollen nur nicht im Krieg sterben."

(<https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-ukraine-samstag-205.html#Einreisestopp>)

Aber hat er wirklich recht?

- Gewiss hat es in diesem Jahr schon Übergriffe auf ukrainische Flüchtlinge gegeben, so zum Beispiel in Leipzig-Grünau. Dafür brauchte es aber keine zugereisten Russen. Verantwortlich waren deutsche Rechtsradikale, die schon seit Jahren Flüchtlinge aus allen Ländern der Welt gewaltsam angreifen. Anlässlich der jüngsten Ereignisse in Bautzen hat [Hendrik Lasch in „nd-der Tag“ vom 1. November](#) die Vorgänge analysiert.
- Was hat Makeiev gegen Menschen, die nicht im Krieg sterben wollen und Russland deshalb verlassen? Sind ihm Menschen lieber, die den eigenen Tod einkalkulieren, zur russischen Armee gehen und die Bevölkerung in der Ukraine mit Bomben und Granaten überziehen? Warum unterscheidet er nicht zwischen diesen beiden Positionen?
- Bei uns im kleinen Cölbe wohnen zahlreiche Menschen mit russischen Wurzeln. Von ihnen geht keine Gefahr für hier lebende ukrainische Flüchtlinge aus. Viele haben für die Aufnahme dieser Menschen Geld gespendet und tätige Hilfe geleistet. Zählt Makeiev auch sie zu „den Russen“ und stellt sie unter Generalverdacht?
- In Marburg haben sich gleich nach Kriegsbeginn Studierende aus Russland, Belarus und Kasachstan mit ihren ukrainischen Kommiliton*innen solidarisiert und gemeinsam Proteste gegen den Krieg organisiert. Mit ihrer ehrenamtlichen Hilfe als Dolmetscher*innen sind sie zu einer unentbehrlichen Hilfe für Geflüchtete im Umgang mit Behörden, Schulen, Ärzten und Kindergärten geworden. Was kreiidet Makeiev „den Russen“ unter diesen jungen Leuten an? Besteht nicht eher Grund zur Dankbarkeit?
- Makeiev und sein Vorgänger Melnik haben nicht protestiert, als vor einigen Wochen Friedrich Merz geflüchteten Frauen „Sozialtourismus“ vorgeworfen hat. Und dabei ist dieser Vorwurf geeignet, die Solidarität mit ukrainischen Flüchtlingen in der deutschen Bevölkerung nachhaltig zu untergraben. Wer will schon „Sozialschmarotzer“ in seiner Nachbarschaft oder gar an sie vermieten? Sozialämter und Jobcenter haben den Vorwurf sofort mit Zahlen und Argumenten widerlegt, und das war auch gut so. Aus dem Jahr 2015 wissen wir, das mit demselben Vorwurf die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten diskreditiert worden sind.

In einem Leserbrief an die Oberhessische Presse habe ich mich mit der Thematik befasst. Er ist am 4. November erschienen und wird hier dokumentiert:

Verheerende Botschaften für Betroffene

Zur Aufnahme von russischen Flüchtlingen sagt dieser Leser, „alle Kriegsflüchtlinge brauchen Schutz, unabhängig von ihrer Herkunft“:

Der neue ukrainische Botschafter in Deutschland, Oleksij Makeiev, warnte Deutschland vor der Aufnahme russischer Kriegsdienstverweigerer und Deserteure. Diese seien ein „Sicherheitsrisiko“ nicht nur für Deutschland, sondern „auch für alle jungen Ukrainerinnen mit ihren Kindern, die am Ende in Flüchtlingsunterkünften diesen Männern gegenüber sitzen müssten“.

So ließ er es „Bild am Sonntag“ wissen. Sein Fazit: Russische Kriegsgegner und Deserteure haben in Deutschland nichts zu suchen. Es ist ihm egal, dass diese jungen Männer ihre beruflichen Karrieren abbrechen müssen, auf absehbare Zeit nicht zurückkehren

dürfen und sich in Russland sogar strafbar machen.

Wenige Wochen vorher hat Friedrich Merz, Fraktionsvorsitzender der CDU im Bundestag, in „Bild-TV“ Ukraine-Flüchtlingen „Sozialtourismus“ vorgeworfen. Sie würden zwischen Deutschland und der Ukraine immer wieder pendeln, um sich Sozialleistungen zu erschleichen.

Sein Fazit: Längst nicht alle ukrainischen Frauen mit ihren Kindern, die in Deutschland Schutz suchen, haben diesen Schutz wirklich verdient.

Ihm ist egal, dass die zuständigen deutschen Behörden seine Behauptung entschieden zurückweisen, weil sie keinerlei Hinweise auf Sozialbetrug gefunden haben.

Das sind verheerende Botschaften für die Betroffenen und alle, die in der

Flüchtlingshilfe aktiv sind. In den Städten und Gemeinden des Landkreises helfen sie Menschen, die vor Kriegen in ihrer Heimat zu uns fliehen müssen. Sie achten dabei auf Artikel 3, Absatz 3 Grundgesetz: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Auch wenn Oleksij Makeiev und Friedrich Merz in Medien des Springer-Konzerns noch so sehr für Ausgrenzung und Diskriminierung Propaganda machen, humanitärer Schutz muss für alle gelten, die ihn brauchen.

*Dr. Kurt Bunke,
Vorsitzender des Cölber
Arbeitskreises Flüchtlinge (CAF)*

